

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/245

Bonn, den 23. Dezember 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Kalter Wind am Jahresende 74

Pankow fürchtet nichts so sehr als Erfolge der deutschen Ostpolitik

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

3 - 6 Große Koalition - vom Ausland gesehen 145

Schweden

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Spanien

Von Hermann Deml, Madrid

Frankreich

Von Georg Schener, Paris

Jugoslawien

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

\*\*\*\*\* Zur Beachtung \*\*\*\*\*  
Unsere neue Anschrift lautet:  
SED-PRESSEDIENST GmbH  
53 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Pressehaus 1, Zimmer 217  
Telefon 22 80 37/38  
\*\*\*\*\*

### Kalter Wind am Jahresende

Pankow fürchtet nichts so sehr als Erfolge der deutschen Ostpolitik

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Je intensiver die Anstrengungen der Bundesregierung um eine Verbesserung der Beziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten werden, um so bösartiger ist das Echo aus Pankow. Angebote zu Verhandlungen auf Ministerienebene über Probleme des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, vor Jahresfrist noch als der einzig akzeptable Weg für solche Gespräche bezeichnet, werden jetzt als "Provokation" und als "potentielle Kriegserklärung in Gestalt der Alleinvertretungsanmaßung" charakterisiert, die man "der Regierung der DDR auch noch direkt ins Haus schieße". Daneben läuft das Bemühen weiter, die letzten Verbindungen zwischen beiden Teilen Deutschlands abzurechen, wie jetzt die Sperrung der Kalibahnstrecke zwischen Heringen-Dankmarshausen-Obersuhl gezeigt hat.

Seit sich Stimmungswandlungen gegenüber der Bundesrepublik in einer Reihe von ost- und südosteuropäischen Ländern erkennen lassen, seit sich vor allem Politiker der nordeuropäischen Länder wie der dänische Ministerpräsident Krag, der schwedische Ministerpräsident Erlander und der norwegische Außenminister Borten als Fürsprecher für die Aufrichtigkeit dieser neuen Ostpolitik betätigen, wächst in Ostberlin die Umrage. Man sieht anscheinend nur noch eine Chance, die eigene Deutschlandpolitik wirkungsvoll an den Mann bringen zu können, indem man die eigenen Postulate von gestern und vorgestern leugnet und mit penetranter Rabulistik die positiven Aktionen der Bundesrepublik ins Gegenteil umkehrt. Pankow kommt dabei zugute, daß die Sowjetunion gegenüber den polyzentristischen und nationalistischen Kräften innerhalb und außerhalb des Ostblocks ein Schreckgespenst braucht.

Man kann sich dennoch des Eindrucks nicht erwehren, als ob der Übereifer, mit dem manche Leute in Ostberlin ihr Soll gegen die Bundesrepublik erfüllen, selbst den führenden Köpfen der sowjetischen Außenpolitik manchmal zu weit geht. Unterschiede sind nicht nur in der Diktion, sondern auch in der Substanz der politischen Aussagen zu erkennen.

Es wäre allerdings eine Illusion, auf diese Diskrepanzen eine Politik aufbauen zu wollen. Moskau schätzt den Wert des in

seinen Händen befindlichen Teiles Deutschlands viel zu hoch ein, als daß es ihn um des Wunsches der Deutschen auf Wiedervereinigung willen preisgegeben würde. Eine Änderung der sowjetischen Haltung ist nur dann zu erwarten, wenn der Krenl zu der Gewisheit kommen kann, daß ein wiedervereinigtes Deutschland für die Sowjetunion selbst von Nutzen ist.

Das muß nicht unbedingt und auf alle Fälle ein kommunistisches Deutschland sein, wie vielfach bei uns angenommen wird. Ein Sowjetdeutschland ist für manche Krenlpolitiker kein geringerer Alpdruck als ein im westlichen Lager wiedervereinigtes Deutschland. Die wirkliche Chance für die deutsche Politik, auch der Sowjetunion den Gedanken einer Annäherung beider Teile Deutschlands politisch vertretbar zu machen, liegt daher wohl darin, das System der europäischen Sicherheit und wirtschaftlichen Zusammenarbeit so auszubauen, daß auch den Sowjets und ihren Verbündeten die Mitwirkung und Mitgestaltung an einem derartigen System wünschenswert erscheint.

Dazu ist es notwendig, die wirtschaftlichen, sicherheits- und allgemein politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und allen ansprechbaren Staaten Ost- und Südosteuropas so zu gestalten, daß der Beweis einer positiven Möglichkeit zur Zusammenarbeit geliefert wird. Moskau muß erkennen können, daß diese Kontakte nicht gegen die Sowjetunion gerichtet sind, sondern Teil eines weitangelegten Bemühens, das Klima zur Sowjetunion selbst zu verbessern. Es muß ferner dabei das Gefühl haben können, daß hinter dieser Ostpolitik nicht das Bemühen steht, Mitteleuropa gegen den Willen der Sowjetunion aus dem Ostblock herauszubrechen. Moskau muß wissen, daß es in der Bundesrepublik darum geht, mit den Sowjets und den anderen Völkern Europas einen Weg zu suchen, der das deutsche Problem in einer Art und Weise löst, die dem deutschen Volk Gerechtigkeit widerfahren läßt und den anderen Völkern den Frieden garantiert.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Außen- und Ostpolitik der Bundesrepublik überall Vertrauen gewinnen. Sie muß vor allem bemüht sein, sich die bessere moralische Ausgangsposition zu schaffen. Daß sie dabei Erfolge zu verzeichnen hat, zeigt nicht nur das wachsende Verständnis in der übrigen Welt, es zeigt auch die Art und Weise, wie man in Ostberlin handelt und argumentiert. Der Kalte Krieg hat die Fronten gewechselt. Gerade das sollte uns Ansporn sein, das Bemühen um eine Aussöhnung zwischen dem deutschen Volk und den Völkern, allen Völkern Osteuropas, noch weiter zu verstärken!

Große Koalition - vom Ausland gesehen

---

Schweden

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Die Bildung der Großen Koalition in Bonn war in Schweden im allgemeinen positiv beurteilt worden. Wer die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verfolgt hatte, wußte, wie notwendig nach den Versäumnissen der Erhard-Zeit eine Kraftanstrengung mit neuen Menschen und neuen Ideen war. Mancher Beurteiler mag damals die Schwierigkeiten unterschätzt und die Erwartungen zu hoch geschraubt haben; er ist heute enttäuscht. Die Mehrzahl der informierten Schweden hat aber nach wie vor ein positives Urteil.

Sehr aufmerksam folgt man in Schweden den unverdrossenen Bemühungen Willy Brandts, die deutsche Außenpolitik aus der Sackgasse der Adenauer Erhard-Politik herauszuführen, eine Verständigung mit den Oststaaten zu erreichen und das Verhältnis zu den Partnern im Westen - trotz deren Interessengegensätzen - auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Selbstverständlich wird die positive Stellungnahme Willy Brandts für eine Ausweitung der EWG in Schweden mit Genugtuung registriert. Brandts Entspannungsbestrebungen entsprechen weitgehend den Grundlinien der schwedischen Außenpolitik.

Wie sehr das Erhard'sche Treibenlassen der deutschen Wirtschaftsentwicklung geschadet hatte, wurde den Schweden wohl erst im Laufe des Jahres 1967 bewußt. Einsichtsvolle Beurteiler wissen, daß ohne die kraftvollen neuen Maßnahmen Professor Schillers die deutsche Wirtschaft von so ernsthaften Rückschlägen bedroht wäre, daß auch die Wirtschaft der Nachbarländer stark in Mitleidenschaft gezogen worden wäre, insbesondere die mit Deutschland so eng verbundene schwedische Wirtschaft.

In Fachkreisen hat der Leber-Verkehrsplan viel Beachtung gefunden, denn in Schweden werden seit Jahren ähnliche Lösungen erwogen.

Man übersieht in Schweden natürlich nicht, daß viele Maßnahmen auf halben Wege steckengeblieben, andere sehr verzögert worden sind. Die Finanzreform und das unbewältigte Haushaltsdefizit, das Debakel des zu spät aufgegriffenen Ruhrkohlenproblems, die Widersprüche hinsichtlich einer Klärung der Deutschlandfrage und die wenig erfreuliche Debatte über eine Reform des Wahlrechts sind einige dieser negativen Faktoren. Am stärksten zeichnet sich aber in der schwedischen Öffentlichkeit der Eindruck ab, daß die Große Koalition in der Bekämpfung des Neo-Nazismus versagt habe, denn die schwedische Berichterstattung aus Deutschland hat durch eine Bevorzugung der sensationsbetonten Nachrichten über Naziverbrechen vor Gericht und über die markttechnische NPD, deren Phraseologie für den Normalchweden unfaßbar dumm und gefährlich wirkt, bei vielen Schweden Mißtrauen gegen das heutige Deutschland geweckt und vergessen lassen, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen ohne alle Sensationsmache an der Festigung der demokratischen Lebensformen arbeitet. Bei den politisch interessierten Schweden wurde dieses Mißtrauen durch die Ergebnisse der bisherigen Landtagewahlen genährt, die den Eindruck erwecken, daß viele deutsche Wähler nicht sachlich nach wirklichen Verdiensten, sondern nach Schlagworten und Äußerlichkeiten urteilen.

## Spanien

Von Hermann Deml, Madrid

Als vor mehr als einem Jahr die Große Koalition in Bonn ihre Tätigkeit aufnahm, war in spanischen Regierungskreisen zuweilen ein gewisses Unbehagen wegen der sozialdemokratischen Teilhabe an der Regierungsverantwortung zu spüren. Heute, nach mehr als einem Jahr, hat sich diese vorgefaßte Meinung von selbst verflüchtigt. Die alten Propaganda-Klischees aus den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren, die in Spanien zu einer antisozialistischen Schwarz-Weiß-Malerei geführt hatten, wurden durch die politische Praxis selbst widerlegt und gehören unwiderruflich zum alten Eisen. Wenn manchmal eine verirrte Stimme wieder diese alten Vorurteile erweckt, dann ist es eine Eintagsfliege.

Die Spanier können, wie sie selbst versichern, mit der Großen Koalition zufrieden sein. Zu keiner Zeit nach 1949, selbst während Adenauers Kanzlerschaft, waren die deutsch-spanischen Beziehungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sowie auf mancher politischen Ebene so harmonisch und herzlich wie heute. Man weiß in Madrid sehr genau, daß die deutsche Sozialdemokratie die spanische Politik sehr kritisch verfolgt - man weiß aber auch, daß die Große Koalition für Spanien nützlich ist. Nie war der Besuchsaustausch von Ministern so intensiv wie gerade seit der Großen Koalition, die auch den spanischen Gastarbeitern die soziale Gleichstellung vertraglich verbriefte. Wenn den Spaniern in mancher heiklen Frage auch von der EWG gewisse Zugeständnisse gemacht wurden, so wurden diese Entscheidungen auch von der Großen Koalition in Bonn mitgetragen und mitverantwortet. Die Angst vor der deutschen Sozialdemokratie als Regierungspartei ist verschwunden. Auch die Ostpolitik der Großen Koalition hat in Madrid stärkste Beachtung gefunden. Ihr wird nachgeeifert, so gut es möglich ist.

Deutschland war für Spanien immer das große Vorbild. Das hat sich nicht geändert, im Gegenteil. In Anbetracht der wirtschaftlichen Rezession hat sich auch Spanien entschlossen, die in Bonn betriebenen investitionsfördernden Maßnahmen teilweise anzuwenden. Die verantwortlichen spanischen Regierungsmitglieder kennen die Grenzen ihres Landes und seiner Leistungsfähigkeit, also auch die Grenzen,

die der Nachahmung einer von einer wirtschaftlichen Großmacht vorgeführten Investitionspolitik gesetzt sind.

In diesen Tagen vollzieht sich in Madrid ein Botschafterwechsel: Der in vierjähriger Tätigkeit sehr populär gewordene deutsche Botschafter Helmut Allardt kehrt nach Bonn zurück; sein Nachfolger, Professor Meyer-Lindenberg, ein berufsmäßiger Kenner der iberischen Welt, findet das Terrain bestens vorbereitet. Professor Meyer-Lindenberg gilt als ein Vertreter jenes Deutschlands, das dem Dritten Reich den Kampf ansagte. Solche Leute sind heute in Madrid hochwillkommen. Auch Spanien will allmählich seine Vergangenheit bewältigen. So gesehen ist die Ernennung des neuen Botschafters ein Symbol deutschen Verständnisses für Spaniens Anstrengungen, den mühseligen Weg nach Europa zu gehen.

### Frankreich

Von Georg Scheuer, Paris

Frankreichs Meinung über die Große Koalition in Bonn hat zwei Seiten, eine außenpolitische und eine innenpolitische. Die diplomatische Bilanz ist aus französischer Sicht im großen und ganzen positiv, vor allem im Vergleich zu der vorhergehenden Bundesregierung Erhard/Schröder. Die deutsch-französischen Beziehungen sind mit dem neuen Außenminister Brandt zweifellos besser geworden. Parallel zu einer Auflockerung in östlicher Richtung gibt es auch ein besseres Klima mit unseren Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins. Wenn es jetzt infolge der Querschüsse des General-Präsidenten zu einer neuen Verdüsterung kommen sollte, so würde die französische Meinung dafür schwerlich das Bonner Auswärtige Amt verantwortlich machen. Allerdings bleibt für Paris immer noch Verteidigungsminister Schröder das "schwarze Schaf" der Großen Koalition.

In innenpolitischer Hinsicht wachsen in letzter Zeit die Bedenken. Man meint, daß die SPD ungerechterweise die Zechen bezahlen könnte und befürchtet ein Zunehmen der radikalen Strömungen infolge der Bindung der beiden großen Parteien in der Koalition. Die NPD-Erfolge werden in der gesamten öffentlichen Meinung Frankreichs stark herausgestellt. Dem Entstehen linksextremer oder linksunabhängiger Gruppierungen wird weniger Aufmerksamkeit geschenkt.

Französische Kenner der Deutschen Bundesrepublik betrachten die wirtschaftliche Bilanz der Großen Koalition und die weitere Entwicklung für die nächste Zeit dennoch mit Zuversicht.

## Jugoslavien

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Als am 13. Dezember des vergangenen Jahres in Bonn die Große Koalition begründet wurde, klang das Belgrader Echo eher feindselig oder doch zumindest skeptisch. Die Bildung der neuen Regierung, die als "Schiff mit zwei Segeln" (POLITIKA - Belgrad), aber "ohne Programm" bezeichnet wurde, wurde entweder als "Absage an die Vielparteien-Demokratie" (VJESNIK - Zagreb) oder "unglückliche Ehe aus Berechnung" (SVIJET - Sarajevo) diskreditiert, da sie nach jugoslawischer Meinung "im Grunde nur Altes" oder "wenig Neues, viel Altes" (VJESNIK NOVOSTI) bot. Der Kanzler galt bei den gemäßigten Kommentatoren als "Kompromißler" oder, wie sein Staatssekretär Dr. Werner Knieper, als alter Nazi (VJESNIK U SRIJEDU, Zagreb, und MLADOST, Belgrad). Lediglich die Belgrader EKONOMSKA POLITIKA fand schon damals, die neue Konstellation in Bonn sei wiederum "nicht so schlecht".

Ein Jahr und zwei Tage später jedoch fand das zentrale jugoslawische Parteiorgan BORBA, die Bildung der Großen Koalition sei "ein wichtiges Ereignis für die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland" gewesen. Es gesteht sich selbst ein, daß die ersten Einschätzungen vielleicht zu negativ gewesen seien und gibt dafür unter anderem "die Zeit, in der sich diese Koalition zu Wort meldete" als Grund an. Die Zeit von damals war wirklich schlecht - zwei Monate vor Gründung der Großen Koalition in Bonn hatte nämlich der Staatsbesuch Walter Ulbrichts in Belgrad das politische Klima zwischen Westdeutschland und Jugoslavien ohnehin unter den Gefrierpunkt getrieben.

Heute stehen die jugoslawisch-westdeutschen Beziehungen vor einer Erneuerung; aber sicher nicht nur diesem einen Resultat der neuen Bonner Politik ist es zuzuschreiben, daß dieselbe Zeitung, der Zagreber VJESNIK, der noch am 1. Dezember 1966 Willy Brandt der Liquidation der Sozialdemokratie geziehen hatte, nun, am Jahrestag der Großen Koalition, denselben Brandt zum "Realisten im Leben und in der Politik" ernannte.